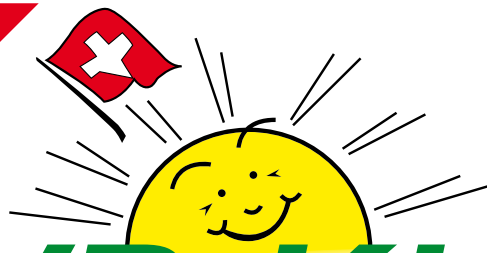


In dieser Ausgabe finden
Sie einen Einzahlungsschein.
Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

**ABO 2013
SCHON BEZAHLT?**



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Wirtschaft

4/5

Die 1:12-Initiative schadet dem
Werkplatz Schweiz.



Armee in Gefahr

6

Bundesrat und Parlament tragen die
Verantwortung für weniger Sicherheit.



Bundespolitik

12/13

Taten statt Worte! Auszüge aus
der Sommersession 2013.



dietschi
DRUCK&MEDIEN OLTEN



Mehr als eine Druckerei.

Dietschi AG Druck&Medien | Ziegelfeldstrasse 60 | 4601 Olten
Telefon 062 205 75 75 | Telefax 062 205 75 00
www.dietschi.ch | info@dietschi.ch

Volksschule stärken



Volksschule und Berufswelt - Lernen für die Wirklichkeit. Der Unterricht hat sich an der Berufswelt auszurichten - und nicht die Berufswelt an den Schulen. Konzentration auf die Grundlagenfächer, diszipliniertes Einüben und der Wille zur Leistung und Perfektion bilden die Grundlagen des schweizerischen Erfolgs.

Vor zwei Wochen ist eine interessante Umfrage erschienen: Man hat Schweizer Jugendliche gefragt, welche Gründe für ihre Berufswahl entscheidend seien. 91 Prozent der Befragten haben ihre eigenen Interessen und Neigungen als wichtigstes Kriterium genannt.

Was nannten die Schweizer Jugendlichen an zweiter Stelle? Die Arbeitsplatzsicherheit. 70 Prozent wollen einen Beruf lernen, in dem sie eine Zukunft haben. Das ist vernünftig. Wir brauchen nicht tausend Orchideenzüchter, sondern tausend gute Handwerker und Dienstleister.

An dritter Stelle, mit 59 Prozent, nannten die Befragten den späteren Verdienst als Kriterium.

Die Gründe der Berufswahl überzeugen: Zuoberst steht bei den jungen Schweizer-

rinnen und Schweizer das Interesse. Dann folgen die beruflichen Perspektiven. Und drittens der spätere mögliche Verdienst.

Nun wissen wir aber alle, dass das Leben nicht nur ein Wunschkonzert ist. Die entscheidende Frage ist: Bringen die Jugendlichen die Voraussetzungen mit, um in der Berufswelt zu bestehen, um ihren Wunschberuf überhaupt lernen zu können? Um es konkret zu sagen: Können unsere Schulabsolventen überhaupt genügend gut rechnen, schreiben, lesen, um eine Berufslehre erfolgreich zu bestehen?

Oder kurz: Der Unterricht hat sich an der Berufswelt auszurichten - und nicht die Berufswelt an den Schulen.

Lesen Sie das Referat von Nationalrat Peter Keller auf www.svp.ch und mehr zum Thema in dieser Ausgabe, Seiten 8/9.



Lex USA

Schweizer Banken haben wegen früherer geschäftlicher Tätigkeiten in den USA rechtliche Probleme mit den Vereinigten Staaten. Jahrelang wurde deswegen zwischen der Schweiz und der USA verhandelt. Angekündigt wurde eine Globallösung, selbst 14 Tage vor der letzten Session war offenbar ein bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und der USA auf dem Tisch. Die Verhandlungen sind dann aber im letzten Moment gescheitert.

Der Bundesrat plante in der Folge in einer eigentlichen Hauruck-Übung ein Sondergesetz. Die Sommersession der eidgenössischen Räte wurde umgehend geprägt durch diese sogenannte Lex USA. Das Parlament sollte in Rekordzeit einen dringlichen Bundesbeschluss verabschieden, der schweizerische Gesetze für ein Jahr ausser Kraft gesetzt hätte, ohne dass das Volk dazu befragt worden wäre. Konkret ging es darum, dass die Banken ein Gesetz erhalten hätten, mit dem ihnen die Herausgabe von Bank- und Mitarbeiterdaten an die US-Steuerbehörden erlaubt worden wäre.

Auf Anweisung der USA wurde das Schweizer Parlament nicht darüber informiert, was der genaue Inhalt des Programms war, das die USA den Schweizer Banken angeboten haben.

An ordentliche parlamentarische Abläufe mit Fristen, Fakten und seriöser Beratung war daher zu keinem Zeitpunkt zu denken. Es fehlten grundlegende Informationen, parallel dazu wurde der Druck für eine Zustimmung zur Lex USA gezielt und von verschiedenen Seiten aufgebaut.

Kapitulationsgesetz gescheitert

Der Nationalrat ist unter der Federführung der SVP nicht auf diese Lex USA eingetreten. Dieser Entscheid war ein klares Zeichen zugunsten des Rechtsstaates und der Rechtssicherheit in der Schweiz. Eine temporäre Ausserkraftsetzung des schweizerischen Rechts durch den Gesetzgeber wäre ein fatales Zeichen im Inland wie gegenüber dem Ausland gewesen.

Gerade gegenüber dem Ausland war der Entscheid unumgänglich. Er war ein Signal an all jene Staaten, die in Steuerfragen grossen Druck auf die Schweiz ausüben. Diese Staaten beobachten zurzeit sehr genau, wie viel es braucht, um der Schweiz weitere Zugeständnisse abzapfen zu können. Es wäre ein ungeheures Präjudiz gewesen, wenn das Parlament kurzfristig eigenes Recht ausgehebelt hätte. Aber auch ein Präjudiz für weitere Forderungen von anderen Staaten. Wenn die USA mit dem Segen des Schweizer Parlamentes so viel Geld in die Kas-

se bekommen hätte, wäre die Reaktion der anderen Staaten klar gewesen. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hatte bereits vorsorglich angekündigt, dass sie genau schauen werde, was die Schweiz mit der USA machen werde und man in der Folge alles daran setzen werde, das gleiche Ergebnis zu erzielen. Ein Domino-Effekt wäre also die Folge gewesen.

Es ist jedem von uns klar. Dieser Entscheid ist nicht die Lösung der anstehenden Probleme. Der Ball liegt aber jetzt dort wo er hingehört, nämlich bei den Banken. Der Bundesrat hat im Einzelfall seinen Handlungsspielraum zu prüfen. Der Kleinstaat lebt letztlich von seiner Glaubwürdigkeit.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Ein einzigartiges Vertrauensverhältnis

Die Privatsphäre ist ein elementares Gut unserer persönlichen Freiheit und prägt das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Dieses bewährte Prinzip ist zurzeit stark gefährdet. Wollen wir unsere Privatsphäre erhalten, so müssen wir jetzt handeln und die Volksinitiative „Schutz der Privatsphäre“ unterzeichnen.

Die Privatsphäre ist gemäss Definition der nichtöffentliche Bereich, in welchem ein Mensch unbehelligt von äusseren Einflüssen sein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit wahrnimmt. Privatsphäre beruht auf dem Grundsatz von Treu und Glauben, das heisst, der Staat vertraut den Bürgern und die Bürger bezahlen in unserer direkten Demokratie selbstgewählt Steuern.

Wie wichtig ist es uns, dass wir einkaufen gehen können, ohne dass jemand unsere Transaktionen einsehen und unseren Lebensstil ablesen kann? Wie wichtig ist es uns, dass ein Arzt über allfällige Beschwerden von uns schweigt und sie nicht zum Dorfgespräch werden? Wie wichtig ist es uns, dass ein Anwalt über Verfahrensdetails schweigt, die uns persönlich betreffen? Wie wichtig ist uns unsere Privatsphäre ganz allgemein?

Genau um solche Fragen geht es bei der Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“, welche den Schutz der Privatsphäre in der Verfassung festhalten möchte.

Durch die vom Bundesrat geplante Steuerstrafrechtsrevision ist die finanzielle Privatsphäre stark gefährdet. Gegenüber dem Ausland wird der automatische Informationsaustausch angestrebt, was unweigerlich Einsicht des Staates in die finanziellen Verhältnisse der Betroffenen zur Folge hat. Und auf Daten, die eine Behörde zur Verfügung hat, haben auch

andere Behörden Zugriff - der staatlichen Überwachung sind somit keine Grenzen gesetzt.

Unsere Privatsphäre ist eng mit der persönlichen Freiheit und der damit verbundenen Erfolgsgeschichte unseres Landes verknüpft. Durch die Hochhaltung dieses Grundsatzes erhält der Staat keine Übermacht. In der Schweiz deklariert der Bürger traditionell seine finanziellen Verhältnisse mit der Steuererklärung selber, ohne dass der Staat direkt Einsicht hat. Dieses dem Bürger entgegengebrachte Vertrauen wird belohnt - die Schweiz ist erwiesenermassen eines der steuerehrlichsten Länder. Da in der Schweiz die Steuererklärung selbständig ausgefüllt wird, kennt die Schweiz die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Erst wenn vorsätzlich zum Beispiel gefälschte Urkunden oder Geschäftsbücher eingereicht werden, gilt es als Steuerbetrug. Der Bundesrat möchte diese Unterscheidung aufheben und somit das einzigartige Vertrauensverhältnis

des Staates gegenüber dem Bürger eliminieren. Mit der Initiative soll die



Kantonsrätin und Mitinitiantin Anita Borer (2.v.r.), mit Patrick Walder, Simone Akermann, Pascal Theiler und Marco Brunner (von links nach rechts) auf dem Bundesplatz beim Auftakt zur Unterschriftensammlung.

Privatsphäre der Einwohner innerhalb der Schweiz weiter gewährleistet werden, die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug weiterbestehen und somit auch das bewährte Verhältnis zwischen Bürger und Staat erhalten bleiben. Unterstützen Sie die Initiative: für unsere Privatsphäre - eine elementare Stütze unserer Grundrechte und Garant unserer persönlichen Freiheit!

von Kantonsrätin Anita Borer,
Mitinitiantin, Uster (ZH)

Helfen Sie mit, unterschreiben Sie noch heute die Volksinitiative: „Ja zum Schutz der Privatsphäre“



WWW. privatsphaere-schuetzen.ch

NEIN zur extremen 1:12-Initiative der Jungsozialisten

NEIN zum staatlichen Lohndiktat

Die Festsetzung der Löhne ist Sache der Unternehmer und ihrer Mitarbeitenden und nicht Aufgabe des Staates. Doch genau dieses Grundprinzip wollen die Jungsozialisten mit ihrer 1:12-Initiative über Bord werfen. Künftig soll der Staat die Löhne in den Unternehmen diktieren. Die Sozialpartner – also die Unternehmer und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer – werden ausgehebelt. Eine 100-jährige Schweizer Erfolgsgeschichte soll einer sozialistischen Ideologie geopfert werden.

Am 24. November 2013 geht es an der Urne um die Frage, wer in Zukunft über die Löhne entscheidet: Unternehmer, Angestellte und Gewerkschaften oder der Staat durch ein Lohndiktat.

NEIN zur Vernichtung von Arbeitsplätzen

Die 1:12-Initiative ist ein gefährlicher sozialpolitischer Bumerang. Sie wird in der Realität dazu führen, dass Unternehmen vermehrt Stellen im Tieflohnbereich auslagern oder wegrationalisieren, um das starre staatliche Lohndiktat zu erfüllen. Das erhöht den Druck auf die tiefen Löhne. Leidtragende werden vor allem weniger gut qualifizierte Mitarbeitende sein. Das kann nicht im Interesse der Schweiz sein.

Am 24. November 2013 geht es an der Urne um die Frage, ob der Druck auf die tiefen Löhne steigt und Jobs ausgelagert werden.

NEIN zu noch mehr Überwachung unserer Unternehmen

Diktiert der Staat ein fixes Verhältnis zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen, muss er dieses auch kontrollieren und durchsetzen. Das ist sehr aufwändig bei all den Schlupflöchern, welche die Initiative offenlässt. Dies bedingt einen enormen staatlichen Kontrollaufwand. Die Initiative führt damit zu mehr Bürokratie und teuren Verwaltungskosten. Das trifft alle, besonders auch die KMU.

Am 24. November 2013 geht es an der Urne um die Frage, ob wir einen Überwachungsstaat mit einer Lohnpolizei wollen.

NEIN zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen für alle

Unser Sozialstaat ist auf die hohen Einkommen angewiesen. Über die AHV und die Steuern werden jährlich Milliarden von den besser Verdienenden zu den weniger gut Verdienenden umverteilt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die 10 Prozent der Angestellten mit den höchsten Löhnen bezahlen rund 75 Prozent der direkten Bundessteuern. Ähnlich sieht es bei der AHV aus. Werden die hohen Löhne gedeckelt, führt dies automatisch zu massiven Ausfällen bei den Steuern und der AHV. In der Folge fehlen in der AHV jährlich bis zu einer halben Milliarde Franken, bei den Steuern sogar rund eine Milliarde Franken. Insbesondere der Mittelstand und die KMU werden zur Kasse gebeten, um diese Lücken mit höheren Steuern und Abgaben zu stopfen.

Am 24. November 2013 geht es an der Urne um die Frage, ob wir alle mehr Steuern und Abgaben bezahlen müssen.

Eigengoal verhindern! NEIN zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten

Ein Blick ins Ausland genügt, um die negativen Folgen von übertriebenen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu sehen: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Löhne sind tief, eine Sparrunde jagt die nächste und die Wirtschaft schrumpft. Ganz Europa beneidet die Schweiz um die rekordtiefe Arbeitslosigkeit, die guten Löhne und die erfolgreichen Unternehmen. Warum sollten wir mit der Juso-Initiative ohne Grund ein Eigengoal schießen?

Darum: Hände weg von sozialistischen Experimenten auf Kosten der Schweiz. NEIN zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten!

Sozialismus einführen - Leistung nicht mehr belohnen?

Die Volksinitiative 1 : 12 der Jungsozialisten verlangt unter dem trügerischen Label „Gerechtigkeit“, dass im gleichen Unternehmen keiner pro Jahr weniger verdient als der bestbezahlte Arbeitnehmer in einem Monat. Vollmundig versprechen die Initianten, dass damit die Löhne von sehr gut Bezahlten sinken und dafür die Tiefstlöhne angehoben würden. Ein trügerisches Versprechen!

Bundesrat und Parlament lehnen diese von der JUSO lancierte Initiative ab. Die Gewerkschaften hoffen wohl, damit dem Mitgliederschwund endlich entgegenwirken zu können und sich wie Robin Hood darstellen zu können: „Sie nehmen den Reichen und geben den Armen“. Das war vielleicht noch zu Robin Hoods Zeiten ein verständliches Anliegen. Wir leben aber nicht mehr in einer Feudalherrschaft, wo man willkürlich Steuern ablieferte. Wir leben in einem Rechtsstaat und liefern brav unseren Obulus ab, der immer grösser wird. Der Staat profitiert dabei von hohen Löhnen aufgrund der grossen Progression und den vollen Beiträgen bei der AHV. Es ist also nicht so, dass gut bezahlte Arbeitnehmende auf Kosten der Armen leben, sie tragen im Gegenteil einen grossen Anteil an der Finanzierung der Sozialwerke und des Gemeinwesens.

„Nach 1:12 wird der nächste Schritt kommen mit der Forderung nach Mindestlöhnen und alsbald nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.“

Nationalrätin Sylvia Flückiger (AG)

Angriffe auf die Sozialpartnerschaft und auf die wirtschaftliche Freiheit

Die Juso schürt zusammen mit den Gewerkschaften eine Neidkultur, die aktuell Mode ist. Die Linke will den sozialistischen Umverteilungsstaat noch weiter ausbauen. Nach 1:12 wird der nächste Schritt kommen mit der Forderung nach Mindestlöhnen und alsbald nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Alle diese Anliegen untergraben das bewährte Schweizer System, in wel-

chem der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen aushandelt und einen Vertrag abschliesst. Deshalb trifft dieses von links geforderte staatliche Lohndiktat alle, ob Gewerbetreibende oder Grossunternehmen und insbesondere auch alle Angestellten. Das schweizerische System der Sozialpartnerschaft hat sich bewährt und der Wohlstand ist auf allen Einkommensstufen hoch.

Angriff auf ein gut funktionierendes System

Es wäre völlig quer in der Landschaft das bewährte Miteinander in der Schweiz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufzulösen und das

Lohnverhältnis in der Verfassung festzuschreiben. Die Unternehmer und Firmeneigentümer tragen die Verantwortung, sie tragen das finanzielle Risiko. Die Löhne werden zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer ausgehandelt. In der Schweiz präsentiert sich die Situation der Arbeitnehmenden gut. Die errungenen sozialen Leistungen sind finanziell zu sichern und nicht durch unnötige weitere Staatseingriffe zu gefährden. Wer die Situation in den grossen Schuldenländern der EU kennt, weiss, wohin diese vielen staatlichen Eingriffe in die Lohnpoli-



Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten schadet dem Werkplatz Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze.

tik geführt haben. In der Schweiz ist die soziale Sicherheit für alle gross, bei einer tiefen Arbeitslosenrate und einer geringen Jugendarbeitslosigkeit.

Das Schlimmste an der Initiative ist, dass sie nicht zu einer Verbesserung der Situation für die vermeintliche Zielgruppe führen würde, sondern lediglich zur Gründung neuer Firmenkonstrukte, in welche die unteren Lohnsegmente ausgelagert würden. Wahrscheinlich mit dem Resultat, dass die Löhne dann im Tieflohnbereich noch tiefer anstatt höher wären. Ist das die schöne neue Welt der Jungsozialisten? Dazu müssen wir klar NEIN danke sagen.



*von Nationalrätin
Sylvia Flückiger,
Schöftland (AG)*

Bundesrat und Parlament tragen die Verantwortung für weniger Sicherheit

In den vergangenen Wochen wurde viel über das Projekt „Weiterentwicklung der Armee (WEA)“ berichtet. Dass die Armee mit einem Rumpfbestand von 100'000 Dienstpflichtigen und einem Finanzrahmen von 4,7 Milliarden Franken planen muss, ist nicht die Wunschvorstellung von Departementschef Ueli Maurer, wie einige Kommentatoren mit Häme glauben machen wollen. Vielmehr wurden diese Vorgaben von einer Mehrheit in Bundesrat und Parlament festgelegt, in entscheidenden Fragen gegen den Willen der SVP. Diese politischen Mehrheiten tragen in Zukunft auch die Verantwortung für weniger Sicherheit als Folge der politischen Entscheide.

Was bedeutet „WEA“?



Die aktuelle Weiterentwicklung der Armee (WEA) wurde mit dem sicherheitspolitischen Bericht vom 23. Juni 2010 und dem Armeebericht vom 1. Oktober 2010 angestossen. Primär geht es in der WEA darum, das Verhältnis zwischen den für die Sicherheit des Landes notwendigen Leistungen der Armee und den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen nachhaltig zu verbessern.

Am 19. April 2013 wurde die Ämterkonsultation zur WEA eröffnet. Bis am 12. Mai 2013 haben die mitinteressierten Dienststellen (Bundesämter, Generalsekretariate, Bundeskanzlei) nun Zeit, zum Erläuternden Bericht zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Umsetzung des Armeeberichts 2010) Stellung zu nehmen. Dieses Verfahren ist verwaltungsintern.

Im Anschluss an die Ämterkonsultation beginnt das von Juni bis September 2013 dauernde Vernehmlassungsverfahren. Während diesem können sich u.a. Kantone, politische Parteien, Dachverbände sowie die weiteren, im Einzelfall interessierten Kreise zur WEA einbringen.

Quelle: www.vbs.admin.ch

„SVP-Verteidigungsminister Ueli Maurer ist mit seinen Plänen für eine neue Armee erneut aufgelaufen“; solche und ähnliche Schlagzeilen folgten im Herbst 2010 fast im Wochenrhythmus. Dem für die Sicherheit des Landes zuständigen Verteidigungsminister wurde von der Mehrheit seiner Regierungskollegen die sicherheitspolitische Agenda diktiert. Das Wort Sicherheit wurde damals kaum verwendet und spielte für die Politiker nur noch eine untergeordnete Rolle. Dafür war viel von Finanzen, internationaler Kooperation und Friedensoperationen im Ausland die Rede. Wer bezüglich der Sicherheit des Landes eine andere Lagebeurteilung vornahm, wurde im

„Wer die Armee auf Schönwetterphasen ausrichtet, muss sich nicht wundern, wenn sie im Krisenfall nicht zur Verfügung steht. Das lehrt nicht zuletzt auch die Geschichte.“

Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

freundlichsten Fall als „konservativer Anhänger eines Massenheers“ (Tages-Anzeiger vom 9. September 2010) tituliert.

Keine Sicherheit zum Nulltarif

Die Diskussion fand ihre Fortsetzung im Parlament. Anträge der SVP, im Zusammenhang mit dem Armeebericht 2010 den Bestand nicht gleich zu halbieren, sondern zumindest bei 120'000 Militärdienstpflichtigen festzulegen und der Armee 5,2 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen, wurden von allen anderen Fraktionen deutlich abgelehnt. Das Parlament legte sich im Ge-

gensatz zum Bundesrat, der 4,7 Milliarden Franken wollte (und an dieser Zahl noch immer festhält), zwar wenigstens auf einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken fest. Dies ist nota bene eine Milliarde weniger als noch vor 1990. Im Vergleich dazu haben sich die übrigen Bundesausgaben seit diesem Zeitpunkt verdoppelt.

Sorglose Politik kann sich rächen

Wer die Armee auf Schönwetterphasen ausrichtet, muss sich nicht wundern, wenn sie im Krisenfall nicht zur Verfügung steht. Das lehrt nicht zuletzt auch die Geschichte. Die Verantwortung für eine kritische Situation, sei dies im Fall eines Konfliktes, von Terrorismus oder

bei Naturkatastrophen, wird auf jeden Fall nicht die SVP zu übernehmen haben. Die Verantwortung ist von jenen Leuten zu tragen, die nun auch nicht jammern

dürfen, dass eine Halbierung der Armee die Aufgabe von Waffenplätzen und den Abbau von Arbeitsplätzen mit sich bringt.

An dieser Stelle sei wieder einmal an die Grundsätze der SVP zur Sicherheitspolitik erinnert, die sie 2010 im Zusammenhang mit dem letzten sicherheitspolitischen Bericht und dem nun durch Bundesrat Ueli Maurer umzusetzenden Armeebericht formuliert hat:

- Die SVP steht zur **Unabhängigkeit** und **bewaffneten Neutralität** der Schweiz.

- Nur eine **eigene, glaubwürdige Armee** garantiert den Status als **unabhängiger, neutraler und souveräner Staat**.
- Am **Milizprinzip** und an der **allgemeinen Wehrpflicht** ist unter allen Umständen festzuhalten. Nur sie garantieren eine breite Verankerung der Armee in der Bevölkerung und ermöglichen eine umfassende Auftragserfüllung. Die untauglichen Konzepte der armeefeindlichen Linken (wie die am 22. September 2013 zur Abstimmung gelangende Volksinitiative zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht) sind klar abzulehnen.
- Art. 58 der Bundesverfassung (**Milizprinzip, Kriegsverhinderung als Kernauftrag der Armee**) ist Nachachtung zu verschaffen. Diese Prinzipien sind faktisch durch den Armeebericht ausgehebelt.
- Der Hauptauftrag der Armee ist die **Landesverteidigung**.
- Die Armee muss sich in Zukunft wieder auf den „**Worst Case**“ ausrichten, das heisst auf die Abwehr eines Angriffs auf unser Land. Damit können auch alle anderen Aufträge im Bereich der Unterstützung ziviler Behörden und der Bewältigung ausserordentlicher Lagen erfüllt werden.

- Grösse und Struktur der Armee haben sich nicht an einer abstrakten Zahl, sondern am definierten Auftrag zu orientieren. Dies unter Berücksichtigung des Umstands, dass vom Gesamtbestand der Armee nur noch gegen ein Drittel der kämpfenden Truppe zuzuordnen sind. **Auf dem Auftrag basierend sind personelle, materielle und finanzielle Mittel zu definieren**, um diesen Auftrag erfüllen zu können.
- Auf die bisherige Ausrichtung der Armee in Richtung internationale Kooperation (NATO und insb. EU), wie sie in den letzten 20 Jahren schrittweise erfolgte, ist in Zukunft zu verzichten. Das internationale Engagement der Armee ist entsprechend zurückzufahren.

Fazit: Nur eine Sicherheitspolitik nach dem Konzept der SVP garantiert Sicherheit und Stabilität für die Schweiz. Die Sicherheitspolitik der SVP ist deshalb modern und zukunftsfähig.



von Nationalrat
Adrian Amstutz,
Fraktionspräsident,
Sigriswil (BE)

Zitat

„Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden.“

SP Schweiz – Parteiprogramm 2010, Seite 45

Zoom

Im Rahmen von 6 Unterstütsungs- einsätzen wurden 600 Dienstage zur Beseitigung von früheren Un- wetterschäden geleistet.



Zahl

6'310'654

Im vergangenen Jahr wurden in der Schweizer Armee 6'310'654 Dienstage geleistet. Das sind rund 73'000 Dienstage mehr als im Vorjahr.

Soll die Wehrpflicht abgeschafft werden?

Am 22. September 2013 werden die Schweizerinnen und Schweizer über die Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) abstimmen.

Diese Volksinitiative will die Wehrpflicht abschaffen und eine «freiwillige Milizarmee» schaffen. Mit anderen Worten will die GSoA die Armee durch die Hintertüre abschaffen! Deshalb, Nein zur Volksinitiative für die Aufhebung der Wehrpflicht.

Die GSoA-Initiative ist abzulehnen, weil

- eine «freiwillige Milizarmee» eine Illusion ist,
- das Erfolgsmodell Schweiz zerstört wird,
- die Sicherheit von Land und Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist.

Mehr Informationen: www.unsicherheits-initiative-nein.ch



8 Berufswelt und Volksschule

Die Pamir-Schule



Am Sonderparteitag der SVP Schweiz in Würenlos (AG) haben diverse Referenten ihre Vorschläge zur Stärkung der Volksschule im Hinblick auf die Berufswelt vorgestellt. Im Anschluss an einen eindrücklichen Film, welcher sich mit Interviews von Verantwortlichen der Stadler Rail Group, Victorinox, des Ausbildungszentrums in Winterthur und ihren Problemen im Alltag mit den Auszubildenden befasste, haben die Delegierten der SVP eine Resolution zum Thema Berufswelt und Volksschule einstimmig verabschiedet.

Die Volksschule ist ein beliebtes Tummelfeld für Reformen und Experimente geworden. Frontalunterricht mit dem Klassenlehrer vor seiner Klasse ist passé. Heute gilt selbstverantwortetes Lernen, Gruppenarbeiten, ein Filmchen auf dem I-Pad erstellen, Projektkonzepte erstellen, viel Geschwätz und Herumlaufen im Schulzimmer. Die Lehrer-



Zahlreiche Bildungsinteressierte aus allen Kantonen haben sich in Würenlos getroffen. Sie haben einstimmig die Resolution „Berufswelt und Volksschule“ verabschiedet.

person unterrichtet nicht, sondern ist voll beschäftigt mit dem Classroom-Management.

Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die sich im Durcheinander und Chaos nicht konzentrieren können, denen wird - ja ich weiss, Sie meinen ich scherze - empfohlen sich ganz einfach einen Pamir (ein Militär-Hörschutzgerät) aufzusetzen. Damit ist man auch auf die Bedürfnisse dieser Schülergruppe eingegangen. Denn schlussendlich ist der Lehrer nur ein Coach, der zur Verfügung steht, um den Schülerinnen und Schülern beizustehen im eigenverantwortlichen Bestimmen der Lerninhalte und natürlich auch der ent-

sprechenden Lernmethode. Kein Drill, kein Vollstopfen von Vorne, die Kinder sollen kreativ arbeiten und gestalten, ihren Bedürfnissen entsprechend. Der Lehrer als Zeitablaufmanager im Class-Room hat aber weder Zeit noch ist es seine Überzeugung das Gelernte einzuüben, denn hier ist das selbständige Entdecken wichtig. Das Einüben indessen kann zu Hause bei stundenlangen Hausaufgaben erledigt werden, sofern erwünscht natürlich.

Es gibt Schulen und Schulzimmer wo das eben beschriebene tatsächlich zum Alltag geworden ist. Seien Sie Willkommen im Zeitalter der Pamir-Schule. Was wie ein Witz tönt, ist heute aber leider bitterer Alltag. Das gute alte Militär-Hörschutzgerät findet reissenden Absatz, allerdings nicht für die Ausrüstung breiter Panzerverbände, sondern zur Aufrüstung der Schulzimmer.

Die Folgen solcher Bildungsideale werden langsam aber sicher spürbar. Die Schule und das Elternhaus bereiten nicht mehr auf das reale Berufsleben vor. Bei einfachsten Kopfrechnungen oder beim Verstehen eines gelesenen Textes (Benutzermanual) stehen heute schon viele an. Noch schlimmer sind die grossen Lücken beim konzentrieren, vorsichtigen und sauberen Arbeiten.

von Nationalrat Toni Brunner,
Präsident SVP Schweiz,
Ebnat-Kappel (SG)

Sie haben es gesagt:

„Um es auf eine Formel zu bringen: Der Unterricht hat sich an der Berufswelt auszurichten - und nicht die Berufswelt an den Schulen.“

Nationalrat Peter Keller (NW)

„Bildungswissenschaftliche Studien sind mit Vorsicht zu geniessen - auch wenn sie von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) kommen.“

Regierungsrat Stephan Schleiss,
Bildungsdirektor Kanton Zug (ZG)

„Die Wirtschaft beklagt sich heute, dass es Schulabgänger gibt, welche nicht in der Lage sind, einen fehlerfreien Satz zu schreiben.“

Grossrat und Unternehmer

Thomas Burgherr (AG)

„Welche Eigenschaften erwarten wir von einem Lehrer? Er muss weiter ein Vorbild sein (dies auch hinsichtlich Kleidung; Heilandsandalen und abgeschabte Manchesterkittel haben im Klassenzimmer nichts zu suchen).“

Landrätin Caroline Mall (BL)

Die wichtigsten Unterlagen

... zu den Themen Berufswelt und Volksschule

Laden Sie alle Unterlagen jetzt herunter:

www.svp.ch

1. SVP-Film



Sehen Sie sich den Film zum Thema Berufswelt und Volksschule auf **www.svp.ch** an. In Interviews zeigen die Lehr-
lingsverantwortlichen der **Stadler Rail Group**, der Firma **Victorinox** und des **Ausbildungszentrums in Winterthur** die Probleme mit den Auszubildenden im Alltag auf.

2. SVP-Positionspapier



Das **duale Berufsbildungssystem** mit soliden, anspruchsvollen und praxisorientierten Berufslehren als zentrales Element ist **das bewährte Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit**. Die Berufstauglichkeit muss im Mittelpunkt der Ausbildung stehen und nicht akademische Abschlüsse.

Jetzt bestellen

Bestellen Sie jetzt das SVP-Positionspapier «Berufswelt und Volksschule»:
gs@svp.ch oder 031 300 58 58

Kampf dem Amtsschimmel

Bei der Revision des Arbeitsgesetzes über die am 22. September abgestimmt wird, geht es darum, dass in Tankstellenshops künftig das übliche, auf die Bedürfnisse von Reisenden ausgerichtete Sortiment auch nachts zwischen 01h00 bis 05h00 Uhr verkauft werden kann. Es geht also nicht darum, die Arbeitszeiten der Nacht- und Sonntagsarbeit zu verändern, sondern lediglich darum, dass der Amtsschimmel nachts zwischen 01h00 bis 05h00 Uhr nicht mehr wiehern kann. Heute ist es unsinnigerweise nämlich so, dass in diesen vier Nachtstunden nicht das gesamte Sortiment angeboten und verkauft werden darf.

Gemäss geltendem Recht dürfen Kaffeebars und Kioske, die durch eine Tankstelle betrieben werden, auch nachts und an Sonntagen geöffnet haben, ohne dass dafür eine behördliche Bewilligung notwendig ist.

Tatsache ist, dass heute Betreiber von Tankstellenshops an Hauptverkehrsstrassen mit starkem Reiseverkehr und Autobahnraststätten in der Nacht einen Teil des Sortiments nicht zum Verkauf anbieten dürfen, also einen Bereich des Ladenlokals absperren oder das Sortiment abdecken müssen. Das heisst mit anderen Worten, Benzin und Kaffee dürfen verkauft werden, eine gegrillte Bratwurst geht auch; eine

„Benzin und Kaffee dürfen verkauft werden, eine gegrillte Bratwurst geht auch; eine rohe Bratwurst, ein Blumenstrauß oder ein Haarshampoo hingegen darf nicht verkauft werden.“

Ständerat Roland Eberle (TG)

rohe Bratwurst, ein Blumenstrauß oder ein Haarshampoo hingegen darf nicht verkauft werden.

In Zukunft sollen Betriebe, welche heute bereits 24-Stunden-Kaffeebar, Kiosk und Tankstelle führen können, auch im Shop während der ganzen

Zeit ihr ganzes Sortiment verkaufen können. Dieses Sortiment muss weiterhin auf die Bedürfnisse der Reisenden abgestimmt sein. Hier ändert sich gegenüber heute nichts.

Die Neuregelung würde derzeit 24-Stunden-Shops betreffen, welche schon heute während 24 Stunden Personal beschäftigen dürfen. Es geht also nicht um eine Liberalisierung der Öffnungszeiten, sondern ausschliesslich um die Aufhebung der Sortimentsbeschränkung.

Die Angst, dass es mit der Aufhebung der Sortimentsbeschränkung zu einer Flut von neuen Shops kommt, ist völlig unbegründet. Ers-

tens wird sich hier der Markt durch Angebot und Nachfrage von selbst regeln, denn geeignete, sich lohende Standorte gibt es in der Schweiz nur wenige. Zweitens steht es den Kantonen frei, die Bewilligung von zusätzlichen 24-Stunden-Tankstellenshops zu erteilen oder nicht.

Lassen wir doch einfach den freien Markt spielen und überlassen wir es dem Stimmbürger, wann und wo er einkaufen möchte.

Ich sage deshalb mit Überzeugung JA zur Teilrevision des Arbeitsgesetzes!



von Ständerat
Roland Eberle,
Weinfelden (TG)



Abgedeckte Gestelle in einer Tankstelle. Unter der Blache stehen die verbotenen Produkte, die zwischen 01h00 und 05h00 Uhr nicht verkauft werden dürfen.

Wer schützt uns vor der SP-Justiz?

Der Zustand unserer Rechtspflege und insbesondere Strafverfolgung gibt seit Jahren Anlass zur Sorge. Der ehemalige Präsident der SVP des Kantons Zürich, Hansjörg Frei, fragte bereits 2007 in seiner Albisgüetli-Rede: „Wer schützt uns vor dem Schutz durch die Justiz?“ Mit einem geradezu grotesken Entscheid erweiterte kürzlich der Zürcher Staatsanwalt Zanolla das Thema um ein weiteres Kapitel.

Konkret ging es um einen Mann, der sich beim Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission des Zürcher Kantonsrats, Claudio Zanetti (SVP), meldete. Sein Anliegen hätte klarer kaum sein können: „*Möglichst schnell, möglichst viel Geld!*“. Nachdem er von Zanetti auf den Umstand aufmerksam gemacht worden war, dass dafür jegliche rechtliche Grundlage fehle, nahm das Gespräch rasch einen unfreundlichen Verlauf. Zanetti sah sich deshalb gezwungen, es nach ein paar Minuten zu beenden.

Nur wenig später meldet sich der Mann nochmals. Diesmal per E-Mail. Gleich zum Auftakt eine unerhörte Tirade: „*Zanetti, gottverdammtes Dreckschwein, Mitglied der Menschenhasserpartei SVP! Elendes, riesengrosses Arschloch! Hirnamputierter Waschlappen!*“. Es folgt ein Satz des Bedauerns, überhaupt mit der GPK Kontakt aufgenommen zu haben, um dann in einem fulminanten Crescendo zu enden: „*Typen Ihres Kalibers gehören an die Wand gestellt und den Fischen in der Limmat zum Frass vorgeworfen. Sie können von Glück reden, dass heutzutage aus Gründen des Gewässerschutzes von solch drastischen Massnahmen abgesehen wird. Mit dem Ausdruck der grösstmöglichen Ver-*

achtung für den Abschaum der Menschheit“.

Angesichts der Querulanten-Problematik, die entschlossen anzugehen die kantonalen Sicherheitsdirektoren kürz-

wofür er angestellt und bezahlt ist. Doch weit gefehlt. Der Zürcher Staatsanwalt Patrick Zanolla, der für die SP für den Kantonsrat kandidierte und mit einer SP-Richterin verheiratet ist, dachte gar nicht daran, für einen SVP-Kantonsrat auch nur einen Finger zu rühren. Er erliess eine „Nichtanhandnahmeverfügung“. Das heisst: Der Querulant soll nicht einmal zur Sache befragt werden, es passiert schlicht und einfach nichts! Schliesslich sei Zanetti nicht in seiner Eigenschaft als Mensch, sondern nur in jener als Politiker angegriffen worden. Also weder Drohung, noch üble Nachrede, noch Verleumdung, noch Beschimpfung. Gegenüber der NZZ, die über den Fall berichtete, warf Zanetti die Frage auf, ob wohl politische Schlagseite oder schlicht und einfach Faulheit Grund für diese Arbeitsverweigerung ist.



Der Zürcher Staatsanwalt Patrick Zanolla, der für die SP für den Kantonsrat kandidierte und mit einer SP-Richterin verheiratet ist, nimmt die Strafanzeige wegen Drohung und Verleumdung eines SVP-Kantonsrat nicht ernst.

lich feierlich versprochen, entschied sich Zanetti, nach Rücksprache mit der GPK, zur Einreichung einer Strafanzeige. Zu diesem Schritt riet auch die „Fachstelle Gewaltschutz“ der Kantonspolizei. Man habe so eine Handhabe gegen den bestens bekannten Mann, der mit seinen frivolen Forderungen in der ganzen Schweiz rund 2000 (In Worten: Zweitausend) Arbeitsstellen beschäftigt.

Nun sollte man meinen, dass das ausreicht, damit ein Staatsanwalt das tut,

Zanetti ist bereits ans Obergericht gelangt mit dem Ersuchen, die Staatsanwaltschaft mit der Durchführung eines Verfahrens zu beauftragen, wie es der Schutz der Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und seiner Behördenvertreter erfordert. Bleibt zu hoffen, dass die Justiz handelt und nicht politisiert, wie dies die Verwaltung bzw. die Strafverfolgungsbehörde tat.

von Kantonsrat Jürg Trachsel, Fraktionspräsident SVP Zürich, Richterswil (ZH)



Die Sommersession fand vom 3. Juni bis zum 21. Juni 2013 statt. Neben der Diskussion um das dringliche Bundesgesetz zur Bereinigung des Steuerstreites mit den USA wurden auch weitere wichtige, aber von den Medien weniger beachtete Themen behandelt.

Leider lagen bei Redaktionsschluss noch nicht alle Resultate vor, weshalb wir hier lediglich einen vorläufigen Auszug präsentieren können.

Das hat die SVP erreicht:

Grenzkontrollen sollen verschärft werden

Die Grenzkontrollen zu Staaten, die das Dublin-Abkommen nicht befriedigend umsetzen, sollen verstärkt werden. Dabei geht es in erster Linie um die Grenzen zu Italien, wo die Dublin-Bestimmungen bisher äusserst unbefriedigend umgesetzt werden. Der Ständerat hat eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates, welche auf einen Antrag der SVP zurückgeht, mit 17 zu 6 Stimmen überwiesen. Da der Nationalrat die Motion bereits angenommen hatte, geht sie nun an den Bundesrat, welcher die Forderung umsetzen muss.

Kein Rahmengesetz für die Sozialhilfe

Die Sozialhilfe soll nicht auf eidgenössischer Ebene geregelt werden. Ein solches Rahmengesetz hätte keinen Mehrwert gebracht, stattdessen aber die Gefahr einer unzulässigen Einschränkung der Autonomie der Kantone sowie der materiellen Harmonisierung und Aufstockung der Sozialhilfeleistungen. Der Ständerat sprach sich im Sinne der SVP gegen ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe aus und stellte sich gegen den Nationalrat, der dies noch befürwortet hatte. Die Forderung ist damit vom Tisch.

Wichtige Massnahmen gegen Pädophile



Der Nationalrat hat weitere Gesetzesänderungen betreffend Pädophilie gutgeheissen, nachdem er sich in der Frühjahrssession bereits für die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ ausgesprochen hatte. Die Gesetzesvorlage sieht unter anderem Kontakt- und Rayonverbote vor, ausserdem einen speziellen Strafregisterauszug für Personen, die mit Minderjährigen oder anderen schutzbedürftigen Personen arbeiten. Somit werden wichtige Forderungen der Initianten bereits auf Gesetzesebene aufgenommen.



Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

Parlament für masslosen Ausbau des Schienenverkehrs

Wie zuvor der Ständerat, hat nun auch der Nationalrat in der Sommersession dem massiven Ausbau des Schienennetzes zugestimmt. Zur Kasse für dieses überdimensionierte Vorhaben wird vor allem der Autofahrer gebeten: Weiterführung der Zweckentfremdung der Strassengelder, extreme Senkung des Pendlerabzuges sowie die geplante Erhöhung der Benzinsteuern sind nur die ersten Schritte. Die „befristete“ Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt zusätzlich als „Bonusbelastung“ dazu. Die SVP macht bei diesem Spiel auf dem Buckel der Bevölkerung nicht mit und lehnte die Vorlage klar ab, blieb damit jedoch in der Minderheit. Über die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird das Schweizer Volk das letzte Wort haben.

Kein nationales Vermummungsverbot

Der Ständerat hat eine Motion von Hans Fehr (SVP/ZH) für ein nationales Vermummungsverbot mit 27 zu 3 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss, welcher vom Nationalrat angenommen worden war, ist damit vom Tisch. Dies obwohl die Ausschreitungen in Bern wenige Tage vor der Beratung im Ständerat die Notwendigkeit einer solchen nationalen Vorgabe einmal mehr gezeigt haben.

Keine Referendumsmöglichkeit für Sitz im UNO-Sicherheitsrat

Der Nationalrat hat mit 107 zu 69 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Luzi Stamm (SVP/AG) abgelehnt, welche forderte, dass die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen seien, damit eine Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat durch das Parlament beschlossen und dem fakultativen Referendum unterstellt werden muss. Nun kann der Bundesrat diese neutralitätspolitisch äusserst fragwürdige Entscheidung alleine treffen, ohne dass das Volk dazu etwas sagen kann.



SVP-Hit

Fr. 60.-

pro Pers.

Gültig vom 13. Mai 2013 bis 1. November 2013

Sommersaison 2013

Wellness + Wandern

Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
im Doppelzimmer Standard
Benützung Wellness, Hallenbad
Sauna und Aromadampfbad

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviele Nächte
ausschneiden - buchen - anreisen - genießen

ALETSCHARENA
WALD JOHANN



Alpenblick

Fam. Holzer, 3984 Fieschertal
Tel. 027 970 16 60
info@hotelalpenblick.ch
www.hotelalpenblick.ch

**INSERIEREN SIE IM
SVP-KLARTEXT ODER
IM FRANC-PARLER**

**Ganzseitiges Inserat gelesen von
60'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer **031 300 58 58** oder per E-Mail an **klartext@svp.ch**. Unsere Zeitung gibt es auch online auf **www.svp.ch**

Jetzt Fr.1950.00 investieren*
Dafür bis Fr. 5'000.00 sparen

bei 200 Farb- und 1000 s/w-Kopien im Monat
berechnet auf die Onsite-Garantiezeit von 5 Jahren.

OKI MC760dn

Farbig drucken, kopieren,
scannen + automat. Heften
alles auch doppelseitig
500-Blatt-Kassette (+ 2 opt.)
100 Blatt-Original-Einzug
Zugriffskontroll., Secure Print
Touchscreen-Display 23 cm
28 S./min. farbig und s/w
160 GB Festplatte
scannt bis 40 S./min.
3 - 5 Jahre Onsite-Garantie
opt. Wireless, Fax, Finisher

**Die
Sensation**



***abzüglich Spezial-Rabatt für SVP-Mitglieder**
OCoTex AG, 041 799 50 00, info@ocotex.ch



Kontinuität

<lat.> continuitas –
«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf /ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 60'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Dietschi AG Druck&Medien, Parlamentsdienste 3003 Bern, VBS 3003 Bern, Peter Schaub, Gregor Rutz, Anita Borer, Wikipedia.org.

Agrarpolitik 2014-17: Mehr Papier und weniger Fleisch!

Wird die neue Agrarpolitik umgesetzt, so fliessen die Direktzahlungen künftig für Dinge, die wir Bauern bisher gratis lieferten. Zum Beispiel für schöne Landschaften. Und es gibt weniger Geld für die Produktion von Lebensmitteln, welche wir Bauern – dank den Direktzahlungen – bislang unter unseren Produktionskosten verkaufen konnten. Doch damit ist jetzt Schluss! Lebensmittel werden teurer werden und was bislang gratis war, kostet nun.

Wer trotzdem hart arbeitet, wird mit Mindereinnahmen bestraft. Ob ein Bauer eine oder drei Kühe pro Hektar Wiese hält, macht bei den Direktzahlungen keinen Unterschied: Er bekommt 900 Franken dafür, kann aber mit weniger Tieren auch noch Ökoqualitäts- und Vernetzungsbeiträge kassieren und damit auf bis zu 4'100 Franken kommen. Wer sein Einkommen halten will, muss also anfangen auf Staatskosten faul zu werden.

Die neue Agrarpolitik behindert das Unternehmertum.

Statt zu produzieren, was am Markt gefragt ist, wird künftig vermehrt angebaut werden, was „schön“ aussieht. Der Selbstversorgungsgrad von Mostobst liegt in der Schweiz beispielsweise bei 120%. Trotzdem wird der Anbau von Hochstamm-Birnbäumen mit üppigen Beiträgen belohnt. Obwohl die Nachfrage nach Fleisch, Eiern und Milch aus tierfreundlicher Tierhaltung in der Schweiz hoch ist, wird künftig wesentlich weniger davon produziert werden. Denn es ist lukrativer auf Ökowiesen Rossheu für Pensionspferde herzustellen, statt Fleisch zu produzieren.

Die neue Agrarpolitik fördert ein Heer von Bürolisten.

Künftig wird jeder Grashalm gezählt.

Dann braucht es selbst zum Kühe füttern noch viel Papier und einen riesigen, aufgeblasenen Kontrollmechanismus, um sicherzustellen, dass Schweizer Kühe viel Gras fressen. In Sachen Grundfutter-Fütterung sind die Schweizer aber bereits heute Europameister. Um das zu beweisen werden künftig zahlreiche Bürolisten nötig sein. Noch krasser sieht es bei den Landschaftsqualitätsbeiträgen aus: Diese produzieren in erster Linie Papier. Davon profitieren vor allem die Ökobüros, die sich vehement für die Neue Agrarpolitik stark machten. Denn wer die Öko-Bürolisten letzten Endes zahlt, ist klar: Wir Bauern. Selbst wer gleichviel Direktzahlungen erhält, hat künftig weniger davon. Die Agrarpolitik betrügt nicht nur das Volk. Sie betrügt auch die Bauern.

Unterschreiben Sie das Referendum jetzt.

Es ist an der Zeit, den Einsatz der Direktzahlungen in der Landwirtschaft



Eine produzierende Landwirtschaft garantiert Schweizer Qualitätsprodukte. Die Agrarpolitik 2014-2017 gefährdet diese jedoch.

klar zu definieren. Dies soll der Stimmbürger an der Urne tun. Wollen wir aus der Schweiz eine Theaterkulisse machen, die noch für Hollywoods Filmregisseure erhalten kann? Oder soll der Sinn dieser Gelder sein, dass unsere Landwirte auch in Zukunft dem Verfassungsauftrag nachkommen können? Dieser Auftrag heisst: gesunde Lebensmittel für die eigene Bevölkerung mit Nachhaltigkeit produzieren.

von Kantonsrat Martin Haab, Mettmenstetten (ZH)

Helfen Sie mit, unterschreiben Sie noch heute das Referendum: „Nein zur Agrarpolitik 2014-2017“



WWW

agrarpolitik2014- nein.ch

NAME: **XV**

AUSSTATTUNG: **XL**

PREIS: **XS**

Wieso der **Subaru XV 4x4** gross in Mode ist?
Weil kein anderer Crossover so viel bietet für so wenig Geld.
Was die Schweiz an ihm besonders anziehend findet?

- Sein Platzangebot.
- Seine Flexibilität.
- Seine Bodenfreiheit.
- Den Boxermotor.
- Die Modelle mit Lineartronic-Automatikgetriebe.
- Die verbrauchsarmen Diesel-Modelle.



JETZT: SPEZIELLE EINTAUSCH-OFFERTE.

Abgebildetes Modell: Subaru XV 1.6i AWD Swiss one, man., 5-türig, 114 PS, Fr. 25'900.–.
Energieeffizienz-Kategorie D, CO₂ 151 g/km, Verbrauch gesamt 6,5 l/100 km. Durchschnitt aller in der Schweiz
verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): 153 g/km.

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200.
www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten.



SUBARU
Confidence in Motion

SUBARU. SWITZERLAND'S 4x4